



## **Bericht der Bürgermeisterin zur Ratsitzung am 09.11.2011**

### **Festsetzung des Gewerbesteuermessbetrages, Nachzahlung für die Gemeinde:**

Von unserem größten Steuerzahler erwarten wir laut Bescheid vom Finanzamt im November eine Nachzahlung in Höhe von 133.019,-- €.

### **Unterrichtung einer außerplanmäßigen Ausgabe für die Fundamentarbeiten des Bauhofes:**

Der Rat der Gemeinde hat in der NÖ-Sitzung am 26.10.2011 den Auftrag zur Herstellung des Fundamentes für den Bauhof vergeben. Da die Arbeiten komplett vergeben werden, ergibt sich durch diesen Beschluss eine überplanmäßige Ausgabe. Diese Mehrausgabe ist durch die oben genannten Mehreinnahmen gedeckt.

### **DSL-Versorgung Lessien:**

Der Breitbandausbau durch die Telekom wird nun doch nicht in Kürze erfolgen. Der Konzern hat versucht von den Gemeinde Ehra-Lessien und Tülow eine Verpflichtungsvereinbarung zu bekommen, worin sichergestellt ist, dass die Gemeinden die Zahlungen in voller Höhe gewährleisten, auch wenn der vorgegebene Fertigstellungstermin 31.12.2011 nicht erreicht wird. Das hätte bedeutet, dass die Gemeinden nicht, wie bewilligt 10 % der Gesamtkosten in Höhe von 225.474,-- € zu tragen hätte, sondern die gesamte Summe. Da wir damit nicht einverstanden waren, versuchte die Deutsche Telekom vom Land Niedersachsen eine Verlängerungsbewilligung zu erlangen. Diese kann aus Sicht des Landes vor Beginn der Maßnahme nicht erfolgen. Erfahrungsgemäß wurden solche Verlängerungsanträge nach Baubeginn der Maßnahmen genehmigt, doch darauf wollte sich die Deutsche Telekom nicht einlassen. Der Deutschen Telekom wurde seitens der Gemeinde ein Widerrufsbescheid zugestellt, da diese Ihre Aufgaben nicht erfüllen wollen. Zwischenzeitlich ist die Gemeinde Ehra-Lessien zusätzlich mit einer Funkversion durch die Vodafone versorgt worden, so dass nun auch keine Fördermittel für eine erneute Ausschreibung für die Gemeinde Ehra-Lessien genehmigt werden können. Damit nun wenigstens die Zuschüsse für Tülow gesichert werden können, wurde für Tülow-Fahrenhorst neu ausgeschrieben. Bei der Abwicklung des Verfahrens begleitet die Gemeinde Ehra-Lessien die Gemeinde Tülow.

Seit der 43. Kalenderwoche kann auch Lessien, zwar über Funk der Firma Vodafone, besser ins Internet gelangen, doch ist die Gemeinde weiterhin bemüht, eine Kabelversorgung für Lessien zu erreichen. Es wurde darüber nachgedacht, doch die vollen Kosten von ca. 130.000,-- € zu tragen, doch dass ist per Landesgesetz verboten. Nach einer Lösung wird noch gesucht.

### **Anfrage für einen Lebensmittelladen:**

Am 10.10. wurde über einen Makler angefragt, ob es möglich ist, auf einem Grundstück in der Ortsmitte, wieder einen Lebensmittelladen anzusiedeln. Die Gemeinde hat dies bejaht und erwartet diesbezüglich eine Rückmeldung des Maklers.

### **Schließung des TrÜpl. und Interesse an diesem Gelände:**

Am 26.10. wurden der Presse die Pläne des Verteidigungsministers über die Schließung einiger Bundeswehrstandorte bekanntgegeben. Unser TrÜpl. Ehra-Lessien ist auch davon betroffen. Auf der einen Seite ist das für die Bundeswehrmitarbeiter und die vielen

angestellten Zivilisten traurig und wir hoffen, dass es einen sozial verträglichen Abbau der Stellen gibt. Andererseits ergeben sich durch die Schließung neue Möglichkeiten, Arbeitsplätze zu schaffen. Einen Tag später, am 27.10. gab der VW-Konzern öffentlich bekannt, dass sie Interesse haben das Gelände komplett zu übernehmen. Aus Sicht der Gemeinde wird das außerordentlich begrüßt. Sollte es zu dieser Möglichkeit kommen, ergeben sich für die Zukunft ganz neue Aspekte, was gewerbliche Ansiedlungen in der Gemeinde Ehra-Lessien betrifft.

**Interministerieller Arbeitskreis (IMAK) wird erweitert für die Kommunen wo Bundeswehrstandorte geschlossen werden:**

Die Gemeinde Ehra-Lessien und die Samtgemeinde Brome sind seit Bekanntgabe der Schließung des TrÜpl. Ehra-Lessien Mitglied des Interministeriellen Arbeitskreises (IMAK). Ziel ist es, der schon wegen des Abzuges der britischen Streitkräfte eingerichtet wurde und nun wegen der geplanten Schließungen der Bundeswehrstandorte erweitert wurde, den Kommunen bei anstehenden Konversionsfragen zu helfen. Über den IMAK will die Landesregierung ab sofort alle betroffenen Kommunen bei den anstehenden Fragen umfassend beraten und über mögliche Förderprogramme und Hilfestellungen informieren. Daher ist im IMAK neben verschiedenen Ressorts auch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben vertreten. Die erste Sitzung des IMAK war am 02.11.2011 in Hannover. SG-Bgm. Jürgen Bammel und ich haben daran teilgenommen. Nachdem Ministerpräsident Mc Allister und Innenminister Schönemann einleitend die Situation dargestellt und mögliche Vorgehensweisen angesprochen haben, nahmen ein Vertreter der Bundeswehr und die leitenden Mitarbeiter der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Stellung. Am 22.11.2011 will das Kabinett spezielle Förderprogramme für die betroffenen Kommunen, wo Standorte geschlossen oder reduziert werden, auflegen. Mit der Wirtschaftsförderung des Landkreises hat die Verwaltung schon Kontakt aufgenommen um speziell für unsere Region Möglichkeiten der Nachnutzung zu entwickeln. Zur gegebenen Zeit wird der Rat darüber informiert.